

AGS-Bayern Landeskongferenz

Antrag Nr. 1 **Klimaschutz mit Wachstum und Beschäftigung**
Antragsteller AGS-Landesvorstand
Autoren Blanka Weiss-Hardy und Wolfgang Gartzke

Klimaschutz ist die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die Ursachen für die Klimaveränderung liegen in erster Linie in der Nutzung und Verbrennung von fossilen Energieträgern und dem damit verbundenen CO₂-Ausstoß.

Der weltweite Energiebedarf nimmt stetig zu, der Klimawandel schreitet fort und zieht aktuell immer weitere Kreise. So haben die Gletscher in den Alpen in den letzten 150 Jahren über 60 % ihres Volumens verloren, die Durchschnittstemperatur in Mitteleuropa ist um 0,7 °C angestiegen. Bereits heute kann in Brandenburg und Südschweden Wein angebaut werden. Besonders beunruhigend ist die Beschleunigung der CO₂-Konzentration in den letzten Jahren. In den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts hat die CO₂-Konzentration in der Luft um 0,9 % zugenommen, seit dem Jahr 2000 schon um 3,5 % pro Jahr.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise mit gravierenden Einbrüchen beim Wirtschaftswachstum, wie wir dies in den letzten 80 Jahren nicht erlebt haben, erfordert ebenfalls politisches Handeln. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat starke negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, wie die aktuellen Arbeitsmarktdaten bereits zeigen.

Eine nachhaltige Energie- und Klimaschutzpolitik muss auf Investitionen ausgerichtet sein, die zukunftsfähiges Wachstum und Beschäftigung bringen und die problematisch hohe Abhängigkeit von Importen bei den Energieträgern Öl, Gas, Steinkohle und Uran verringern.

Die zwei wichtigsten Säulen hierbei sind:

1. Energieeffizienz

Wir müssen in Zukunft Energie mit einem viel höheren Wirkungsgrad nutzen. Dies ist die entscheidende technologische Herausforderung für unsere entwickelte Industriegesellschaft. Wichtigster Ansatzpunkt ist die energetische Gebäudesanierung. Der Sanierungsbedarf ist in Deutschland besonders hoch und kann für Wohn – und Nichtwohngebäude mit mindestens € 3.000 Mrd. angesetzt werden. Vor Ort entfallen ca. 40 % des Energiebedarfs auf den Gebäudesektor. Mit einer energetischen Gebäudesanierung können 30% bis 70% an Energie und damit auch an CO₂-Emissionen eingespart werden. Diese Investitionen sind sehr arbeitsintensiv und entwickeln besonders positive Auswirkungen auf den regionalen Arbeitsmarkt. Weitere Ansatzpunkte für Energieeffizienz sind Investitionen in moderne Kraftwerke mit hohen Wirkungsgraden, der Ausbau der in Deutschland noch sehr unterentwickelten Kraft-Wärme-Kopplung, aber auch innovative und intelligente Entwicklungen im Bereich des Individualverkehrs und des ÖPNV, einschließlich Verkehrsleitsysteme.

2. Ausbau der erneuerbaren Energien

Die erneuerbaren Energiequellen, Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie sind die Energieträger der Zukunft. Sie sind nicht klimaschädlich, müssen nicht einge-

führt werden, sind unendlich nutzbar und bieten regionale Wertschöpfung. Die Rot-Grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder hat ab 1998 wichtige politische Rahmenbedingungen auf diesem Sektor gesetzt und die SPD konnte diese ab 2005 in der Großen Koalition absichern. Diese Rahmenbedingungen zeigen große Erfolge. So konnte von 1998 bis 2008 der Anteil der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung von 3,2% auf über 15%, im Wärmebereich von 3,2% auf 7,1 % und bei der Primärenergie von 2,0% auf 7,3% gesteigert werden. Die CO₂-Emissionen konnten durch den Ausbau der erneuerbaren Energien seit 1998 um ca. 5% gesenkt werden. Im Jahre 2008 beschäftigte der Sektor der erneuerbaren Energien bereits 280.000 Menschen. Die Exportquote lag bei über 30%. Möglich wurde diese positive Wachstumsentwicklung in erster Linie durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vom April 2000, das sehr erfolgreich ist und zwischenzeitlich von ca. 50 Staaten übernommen wurde.

Politische Forderungen

1. Das integrierte Energie und Klimaprogramm (IEKP) der Bundesregierung, beschlossen beim Energiegipfel 2007 in Meseberg, muss konsequent umgesetzt werden. Das Meseberger Programm ist die Grundlage für den ökologischen Kapitalstock für Verbesserungen im Gebäudebereich, bei haustechnischen Anlagen für die erneuerbaren Energien und bei hocheffizienten Kraftwerkstechnologien. Dieses Programm muss weiterhin ein Schwerpunkt der SPD-Energiepolitik sein.

Mit diesem Programm ist es möglich in Deutschland die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 % zu senken bezogen auf das Basisjahr 1990. Das Programm mit insgesamt 29 Einzelmaßnahmen, wie unter anderem das EEG 2009, das Erneuerbare-Energien-Wärmegegesetz (EEWärmeG) oder dem KWK-Gesetz erhöht das Bruttoinlandsprodukt um ca. € 70 Mrd. jährlich und wird bis 2020 mindestens 500.000 neue Arbeitsplätze schaffen.

2. Der Ausstieg aus der Atomenergie muss, wie gesetzlich geregelt, bis 2022 umgesetzt werden. Diese Risikotechnologie ist nicht zu verantworten. Der konsequent fortgeführte Atomausstieg trägt erheblich zu einer zügigen Modernisierung der Energieversorgung bei und eröffnet Chancen für dezentrale Lösungen und Investitionen in die erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Dieser Punkt muss ebenfalls ein Schwerpunkt der SPD-Energiepolitik sein.

3. Das Konjunkturpaket II der Bundesregierung mit der energetischen Sanierung im kommunalen Gebäudebereich soll auch wegen der sich schon jetzt abzeichnenden hohen Nachfrage weitergeführt werden mit der Förderung in der Folge zu jeweils 1/3 von Bund, Land und Gemeinde.

4. Der jährliche Haushaltsansatz des Bundes im Gebäudesanierungsprogramm und beim Marktanzreizprogramm sollte insgesamt um € 1 Mrd. erhöht werden.

5. Der Deckelbetrag im KWK-Gesetz von € 750 Mio. pro Jahr sollte gestrichen werden.

6. Die öffentliche Energieforschung muss verstärkt werden mit den Schwerpunkten erneuerbare Energie, virtuelle Kraftwerksleistungen, Energieeffizienz im Strom und Wärmebereich, sowie Innovationen im Verkehrssektor.

7. Einführung eines einheitlichen, bedarfsorientierten und verbraucherfreundlichen Energieausweises für alle Gebäude.
8. Investitionen bei der DB im Fernverkehr, Güterverkehr mit moderner Logistik und im S-Bahnbereich. Stärkung des Umweltverkehrs mit ÖPNV und Ausbau des Rad- und Fußwegenetzes.
9. Energetische Sanierung aller beheizten Gebäude des Freistaats Bayern bis 2020 auf den Standard EnEV-30.
10. Der Freistaat Bayern muss alle Möglichkeiten nutzen, um die Genehmigungsverfahren für Anlagen der erneuerbaren Energien zu beschleunigen und die Kosten für diese Verfahren zu minimieren, dies gilt insbesondere für überzogene Ausgleichszahlungen nach dem Naturschutzrecht. Gerade beim Ausbau der Windenergie besteht in Bayern erheblicher Handlungsbedarf.
11. In Bayern müssen Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung Schwerpunkte im gesamten Bildungs- und Ausbildungsbereich werden, dies gilt insbesondere im Hochschulbereich in Bayern. Der interdisziplinäre Ansatz gerade an den Hochschulen muss verstärkt werden.
12. In Bayern soll eine unabhängige Akademie für Klimaschutz und nachhaltige Energie gegründet werden, als unabhängige, interdisziplinäre Denkfabrik, die mit einem festen jährlichen Budget im Haushalt des Freistaates verankert ist.